

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 20.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,  
Sonnabend, 7. Oktober 1899.

Inserate kosten pro 3gepaaltene Zeile ober deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Leinfr. 31. Verlag: Gosefiede 9A.

8. Jahrg.

## Die preuß. Fabrikinspektion 1898.

Die Wirksamkeit des Posadowsky-Kurses kommt nicht bloß in demjenigen zum Ausdruck, was dem Reichstag an neuen Vorlagen zugeht und was an Reformen unterbleibt, sondern auch in der Durchführung des bereits vorhandenen Arbeiterschutzes, über welche die Gewerbeaufsichtsberichte alljährlich Auskunft geben. Da ist es denn bezeichnend, daß gerade die preussischen Berichte und die als „Amtliche Mitteilungen“ aus allen Landesberichten zusammengestellten Reichsübersichten seit Posadowsky's Wirksamkeit im Reichsamt des Innern nicht bloß an Umfang, sondern auch an Inhalt erheblich zusammengeschrumpft sind. Das Letztere könnte man sich schon gefallen lassen, wenn es sich um den öden Ballast von allgemeinen Forderungen, formalistischen und tabellarischen Erklärungen handelte, den man gern vermissen würde. Leider sind aber gerade, wie es scheint, die sozialpolitischen Anregungen der Berichte, die kritischen Aeußerungen und vor Allem das reichhaltige Material tatsächlicher Schilderungen größtentheils den Beschränkungen zum Opfer gefallen und übriggeblieben ist nur das, was das Studium der Berichte für alle Nicht-Bureaucraten so ungenießbar macht. Es wäre verfehlt, wollte man diese unliebsame Beschränkung auf den Zeitmangel der Gewerberäthe abwälzen, wie dies die „Soz. Praxis“ thut, zumal die Berichte erst Mitte August, 6 Monate nach dem bayerischen erschienen sind. Vielmehr muß man nach den gleichen Erfahrungen mit dem vorjährigen Reichsberichte, dem außerdem noch einzelne tendenziöse Kleinigkeiten nachgewiesen wurden, mit einem System des neuen Kurzes rechnen, da uns vielleicht für die kommenden Jahre noch niedliche Ueberraschungen bereiten wird.

Eine Ueberraschung, die durch das späte Erscheinen der Berichte allerdings stark post festum kommt, wird uns schon diesmal gebracht, nämlich die Erhebungen der Aufsichtsbeamten über etwaigen Mißbrauch des Koalitionsrechts, die der Mindener Bericht (kürzlich auch der vom Oberlfaß) bestätigt. Diese jedenfalls in allen Bundesstaaten durchgeführten Erhebungen haben nur in Preußen, sofern die Berichte Alles, was diesbezüglich in Erfahrung gebracht wurde, enthalten, ein noch dürftigeres Ergebnis gehabt, als in Sachsen, nämlich Nichts.

Von tatsächlichen Streitausbreitungen (und nur solche kommen für uns bei der Bewertung des Arbeitwilligenschutzes in Frage) berichtet nur der Potsdamer Gewerberath, der auf die Vorgänge beim Spandauer Bauarbeiterstreik verweist. Aber diese können umweniger als die Zuchtansvorlage fruktifiziert werden, da es Ausschreitungen und Brandstiftung Arbeitwilliger waren. Der Potsdamer Beamte verzichtet denn auch von vornherein auf jeden derartigen Versuch, sondern erklärt im Gegentheil: „Als wirksamstes Heilmittel gegen diese moderne Krankheit im gewerblichen Leben (die Streiks) empfiehlt sich die Einrichtung von Gewerbegerichten, kommunalen oder genossenschaftlichen Arbeitsnachweisen und Volksbureaus. Also eine deutliche Absage an die Zuchtansvorlage.“

Die Beamten für Kassel und Minden können sich zu ihrem größten Leidwesen nicht auf Thatsachen berufen, die einen Mißbrauch des Koalitionsrechts enthalten, sie geben sich aber die rühmliche Mühe, durch stark subjektiv gefärbte Streikschilderungen nachzuweisen, daß die bloße Ausübung des Koalitionsrechts, der Streik, schon ein solcher Mißbrauch sei. Der Kasseler Bericht giebt nämlich ausdrückliche zu, daß keinerlei Ausschreitungen bei Streiks, die polizeiliche Eingriffe erforderten, vorkamen. Trotzdem kommen in 2 seiner Streikberichte Schlagwörter und Bezeichnungen vor, wie: Verleitung durch auswärtige Führer, Treiber, Unzufriedene, Kontraktbrüchige, Rädelshörer, auswärtige Aufwiegler, unbetheiligte auswärtige Aufseher, sodaß man glaubt, einen Polizeibericht über Aufruhr und dergl. vor sich zu haben.

Der Mindener Gewerberath, in dessen Bezirk Bielefeld und Deynhaußen liegen, klagt über den „großen Zwang“, den die organisirten Bauhandwerker ausüben und führt dafür 2 Beispiele an, aus denen nicht im Mindesten ein Beweis für seine Behauptung herauszufinden ist. Noch unbewiesener ist sein Resümee. „Die Veranlasser eines Streiks sind stets die Führer der Gewerkschaft, deren Entschlüssen die übrigen Arbeiter willenlos folgen müssen.“ Jeder Gewerkschaftler weiß, daß gerade die Führer in der Regel abwiegeln, solange nicht alle Betheiligten dem Streik zustimmen und alle

Umstände das Gelingen begünstigen. Auch sind die Gewerkschaften in der Regel die Ersten, die die Hand zum Frieden bieten.

Wenn solcherweise die Argumente des Mindener Beamten verunglückt sind, so hat er selbst in seinem Bericht eine Reihe prächtiger Beweise des Unternehmerterrorismus geliefert, für die wir ihm sehr dankbar sind. Er berichtet nämlich aus Bielefeld, daß dort die Anordnungen des Beamten bei den Unternehmern nicht immer sachliche Ausnahme fanden, sondern auch auf die persönlichen Beziehungen übertragen wurden. (Der Arnberger Beamte beklagt ja das Gegentheil: „In mehreren Fällen ergab sich für die Beamten die Nothwendigkeit, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß durch persönlich gute Beziehungen die Arbeitgeber keine Berechtigung erwerben, sich über gesetzliche Vorschriften hinwegzusetzen und etwa zu erwarten, — die Beamten könnten dabei ein Auge zudrücken.“) Doch das möchte noch hingehen. Schlimmer ist aber der Maßregelungsfall eines Gießereiarbeiters, der sich in einer Gewerkschaftsversammlung über Mißstände beschwert hatte und dessen Namen die Betriebsleitung erfuhr. Die Meister der Fabrik verbreiteten nun das Gerücht, der Gewerbeinspektor habe den Namen des Betroffenen mitgetheilt, während die beiden in Frage kommenden Beamten den Namen selbst erst später erfahren haben wollen. Man sollte glauben, daß gegen die verleumderischen Behauptungen des Beamten Klageantrag gestellt worden wäre. Im Bericht verlautet aber nichts davon und auch aus der Deffentlichkeit ist uns nichts darüber bekannt geworden. Nach diesem Beispiel muß es freilich umso mehr verwundern, wenn der Bericht die Furcht der Arbeiter vor Namensverrath als unbegründet hinstellt und die sozialdemokratischen Parteiführer für den Mangel des Vertrauens der Arbeiter zur Inspektion verantwortlich macht. Als dritten Belag registriert der Bericht einen Sekerstreik wegen des Prinzipalverlangens, daß die Arbeiter aus dem Buchdruckerverband austreten sollten. Ueber diesen unzweifelhaften Zwang des Unternehmers verliert der Mindener Beamte kein Sterbenswörtchen.

Das ist Alles, was sich in den preussischen Berichten zu Gunsten der Zuchtansvorlage findet. Diesen Kundgebungen stehen aber andere gegenüber, die theils mehr oder minder deutlich das Koalitionsrecht der Arbeiter verteidigen, theils auch an Beispielen nachweisen, daß das Unternehmertum weit terroristischer vorgeht. Der Magdeburger Beamte erklärt: „Da die Arbeitgeber den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen in der Regel feindlich gegenüber stehen, so will ich nicht unterlassen, die entgegengesetzte Ansicht des Besitzers einer keramischen Fabrik hier zu erwähnen, welcher es als dringend wünschenswerth bezeichnet, daß mindestens zwei Drittel der Arbeiter in Steingutfabriken einer allgemeinen Organisation angehören, weil dadurch die Löhne in allen Fabriken sich gleichmäßiger stellen und nur so die immer mehr zunehmende, mit Bohndruckerlei verbundene Schleuderkonkurrenz bekämpft werden könne.“ Und ist ein Gutachten, welches sich direkt gegen die Zuchtansvorlage richtet, da diese bekanntlich die Arbeitwilligen als gefügige Werkzeuge eben dieser Schleuderkonkurrenz, als Bohndrücker der kapitalistischen Freibeuterei begünstigen will. Der Erfurter Beamte dagegen beweist die große Bedeutung der Arbeiterorganisation an einem Beispiel aus Mühlhausen, wo die unorganisirten Färber nach ihrem verunglückten Streik sich sofort zusammenschlossen zu einem gewerkschaftlichen Bund, und von ihren thatsächlich schlechten Löhnen erhebliche Beiträge zahlten. Dies hat, wie es im Berichte heißt, „derzeit berechtigtes Aufsehen erregt und zeugt von der großen Macht der gewerkschaftlichen Bewegung.“ Weiter erwähnt derselbe Bericht eine brutale Maureraussperrung seitens der Mühlhäuser Bauunternehmer, bei welcher die Gewerkschaftsleitung hervorragend für Beilegung der Differenzen thätig gewesen sei. Eine derartige Berichterstattung über die Arbeiterbewegung klingt denn doch ganz anders als die der Mindener und Kasseler Berichte. Andere Berichte begnügen sich mit der kurzen Feststellung, daß Streikausschreitungen nicht vorgekommen seien. Die Berichte von Siegnitz, Erfurt und Wiesbaden erwähnen Maßregelungen gegen Arbeiter, die das Verbessern begingen, sich bei der Inspektion über Mißstände zu beschweren. Der Arnberger Beamte theilt mehrfache willkürliche Lohnherabsetzungen gegen ältere, wegen Kränklichkeit nicht mehr recht leistungsfähige Arbeiter mit, durch welche diese zum Arbeitsaustritt gezwungen werden sollten.

## Die hessische Fabrikinspektion 1898.

Von dem Aufsichtsbezirk II wurde Oberhessen als selbstständiger Bezirk vom 1. Juli abgetrennt und bildet einen Aufsichtsbezirk für sich, mit dem Sitz in Gießen. Der frühere Assistent für Mainz wurde als Inspektor für diesen Bezirk bestellt. Die Assistentin von Mainz soll gleichzeitig auch in diesem Bezirk Dienstverrichtungen versehen, doch nach dem Berichte hat dieselbe noch wenig Dienstthätigkeit entfalten können, da sie ihren Dienst erst am 18. August antrat und andererseits hauptsächlich im Bureau der Gewerbeinspektion Mainz verbleiben mußte.

Auch in diesem Aufsichtsbezirk ist eine Zunahme der Betriebe sowohl, als auch der Arbeiter zu verzeichnen. Im Aufsichtsbezirk sind bekanntlich einschließend der Bergbetriebe, 958 gewerbliche Anlagen mit 13 602 beschäftigten Personen, gegen 582 gewerbliche Anlagen mit 10 757 Arbeitern im Jahre 1897. Von den in den Fabriken beschäftigten 12 853 Arbeitern sind 9 177 (6295) männliche Erwachsene, 838 (606) Jugendliche, 2 434 (1 265) weibliche Erwachsene, 404 (328) weibliche Jugendliche.

In den Gruppen der Nahrungs- und Genußmittel sind hervorragend Arbeiterinnen beschäftigt, es kommen dort auf 100 männliche Arbeiter 122 Arbeiterinnen. Besonders sind es die Cigarrenfabriken, welche die Arbeiterinnen beschäftigen. Im letzten Jahre sind 65 Cigarrenfabriken mit 876 männlichen Arbeitern und 1831 weiblichen Arbeiterinnen in dem Bezirk gezählt worden. Vor 10 Jahren waren es 30 Fabriken mit 576 männlichen und 1241 weiblichen Arbeitern. Die Ausdehnung dieses Industriezweiges wird auch noch weiter erfolgen. Sehen wir doch, daß die Herren Cigarrenfabrikanten mit immer größerer Vorliebe ihre Fabriken in die Landbezirke verlegen, um sicherer und „rentabel“ produzieren zu können.

Ueber die Revisionsthätigkeit wird berichtet, daß 374 Revisionen ausgeführt wurden, davon 3 Nachts und 13 Sonntags.

Die Zahl der Betriebsanlagen beträgt 318, das sind 34 Proz. der Gesamtzahl der Anlagen. Die inspizierten Betriebe beschäftigten insgesammt 8945 Personen. Bei den Revisionen in 66 Anlagen sind bei Beschäftigung jugendlicher Arbeiter Uebertretungen ermittelt. Obenan stehen die Ziegeleiarbeiter mit 30 Anlagen. Bekanntlich wird in diesem Industriezweig von den Unternehmern am Wenigsten nach den gesetzlichen Bestimmungen gefragt. Sonderbarerweise ist die Rubrik der bestraften Personen hier leer, es wurde also keiner dieser Gesetzesverächter bestraft. Im Ganzen wurden 4 Personen von den ermittelten Unternehmern bestraft.

Der Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen machten sich die Cigner von 34 Betrieben schuldig. Obenan stehen ebenfalls die Ziegeleianlagen mit 11, dann die Cigarrenfabriken mit 10 Uebertretungen. In keinem einzigen Falle erfolgte Bestrafung. Wo eine solche Milde walte, da ist es begreiflich, daß der Beamte schreiben kann: „Im Allgemeinen nehmen die Arbeitgeber dem Beamten gegenüber eine entgegenkommende Stellung ein.“

Die Arbeitszeit in dem oberhessischen Bezirke ist nach Angabe des Berichtes eine 10stündige. Nur die Ziegeleien haben 11—12-, ja 15stündige Arbeitszeit. In Mühlen wird sogar eine 18stündige Arbeitszeit beliebt. Was der Beamte über die Ziegeleien sagt, dürfte eigentlich wörtlich wiedergegeben werden, da dasselbe Verhältnis auch anderswo zutreffend ist. Für heute sei nur bemerkt, daß bei der 14—16stündigen angestrengten Thätigkeit erwachsene Arbeiter in den Monaten April bis Ende August 320—400 Mt., also 16—20 Mt. pro Woche, die Woche zu 84—112 Stunden gerechnet, verdienen. Um das Glend dieser Arbeiter in seiner ganzen Größe begreifen zu können, muß man bedenken, daß der größte Theil dieses arbeitsamen Lohnes dem Arbeiter von dem Unternehmer oder Akkordanten in den Kantinen wieder abgelöst wird. Ueberarbeit wurde in dem Berichtsjahre nur von einer Fabrik verlangt, diese erhielt in 14 Tagen für 7 Arbeiterinnen insgesammt 147 Ueberstunden bewilligt.

Dem Gewerbeinspektor wurden 296 Betriebsunfälle gemeldet, wovon jedoch 79 Anzeigen nicht auf Betriebe kommen, welche der Gewerbeaufsicht unterliegen. Es kamen daher auf 1000 Beschäftigte 19 Unfälle, gegen 22 im vorigen Jahre. Der Rückgang dürfte wohl nicht vorhanden sein, da von den Unfällen nicht alle gemeldet wurden. Die größte Anzahl stellen

die Bierbrauereien, wo auf 295 beschäftigte Arbeiter 39 Unfälle kamen.

In dem neuerrichteten Aufsichtsbezirke Offenbach waren am 1. Dez. 1898 18352 Arbeiter in 462 Anlagen beschäftigt. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der Arbeiter sich um 1104 vermehrt. Von allen in den 462 Betrieben beschäftigten Arbeitern sind 13617 männlichen und 4735 weiblichen Geschlechts. Davon kommen auf die Stadt Offenbach 13019, auf das Land 5338 Arbeiter, oder von den beschäftigten Arbeitern sind 0,7 in der Stadt und 0,3 auf dem Lande. Da ist allerdings zu beachten, daß die Orte der Umgebung der Stadt einen bedeutenden Theil der Arbeiterschaft stellen. Von den beschäftigten Arbeitern sind als ungelernete Arbeiter ca. 2000 zu rechnen sein.

Dem Aufsichtsbeamten wurde am 15. Oktober eine Assistentin beigegeben und wurden von dem Gewerbeinspektor 204, von der Assistentin 89 Revisionen vorgenommen. Von dem Inspektor wurden in 177 Betrieben im Ganzen 10877 beschäftigte Arbeiter, von der Assistentin 3054 weibliche Arbeiter gezählt. Bei den Revisionen wurden Vergehen gegen die Bestimmungen betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in 28 Anlagen, bez. der Beschäftigung von Arbeiterinnen in 16 Anlagen ermittelt; das Strafregister weist in beiden Tabellen zusammen 8 Personen auf. Wir glauben auf Grund unserer eigenen Wahrnehmung, daß, obwohl nahezu die Hälfte der vorhandenen Betriebe inspiziert wurde, die Zahl der Uebertretungen der Gewerbeordnung bedeutend größer ist. Sieht doch der inspizierende Beamte bei seinem Rundgange nicht Alles, was er sehen sollte, und werden doch auch die jugendlichen Arbeiter gar nicht selten angehalten, den Beamten zu belügen. So besonders über die Länge der Arbeitszeit und der Pausen.

Die Arbeitszeit beträgt in der Stadt Offenbach durchschnittlich 10 Stunden. Immerhin giebt es noch eine Anzahl Fabriken, und besonders solche, in denen ungelernete Arbeiter in Betracht kommen, welche 11 Stunden arbeiten lassen, von den Ueberstunden ganz abgesehen, und daß solche nicht wenige gemacht werden, zeigen die Anträge, welche bei der Gewerbeinspektion auf Bewilligung gestellt und größtentheils von dieser auch bewilligt wurden. Die Zahl der Arbeiterinnen, für welche Ueberarbeit gestattet wurde, beträgt 2137. Diese 2137 machten zusammen 33680 Ueberstunden, und bei allen war die Begründung außerordentliche Häufung von Arbeit und Mangel an Arbeiterinnen. Letztere sind allerdings eine begehrte „Waare“ in der Offenbacher Industrie, aber die Arbeitslöhne sind, trotzdem nicht dieser starken Nachfrage angepaßt.

Im Laufe des Jahres sind von den Ortspolizeibehörden 719 Unfallanzeigen gemeldet worden, gegen 668 im Jahre 1897 und 704 im Jahre 1896. Die Steigerung glaubt der Beamte nicht auf die Vermehrung der Unfälle setzen zu dürfen, sondern auf die genauere Berichterstattung. Auf die Stadt Offenbach kommen 690 Anzeigen, davon entfallen auf die Maschinenindustrie 177 Unfälle. Von den 690 in der chem. Industrie beschäftigten Personen kamen 76 zu Unfall oder auf je 100 Personen 11; gewiß keine kleine Zahl. Und wie viele kleinere Unfälle werden da wohl nicht zur Kenntniß gebracht werden. In einer Anilinfabrik kamen 9 Fälle von Amalams vor; nach dem Bericht hatten diese Fälle keine ernstere Folge. Die Folgen dieser Vergiftungen bleiben aber unserer Erfahrung gemäß gar nicht aus.

Der schriftliche Verkehr mit den Behörden, Bürgermeistern, Polizei, Kreisamt, Privaten u. s. w. war auch bei diesem Inspektionsbezirke ein sehr großer. Zu den answärtigen Dienstgeschäften benötigte der Gewerbeinspektor 45 ganze und 2 halbe Tage, die Assistentin 8 ganze und 2 halbe Reisetage.

Stellen wir noch die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den vier Aufsichtsbezirken des Großherzogthums zusammen, so ergibt sich folgendes Bild. Es sind beschäftigt:

Gruppe:	Anlagen:	Arbeiter:	Arbeiterinnen:
IV.	31	1829	8
V.	762	15513	486
VI.	133	5574	641
VII.	204	14418	327
VIII.	75	2895	535
IX.	143	2344	421
X.	74	789	984
XI.	187	4126	2522
XII.	357	5575	1055
XIII.	675	9916	8243
XIV.	99	2405	2067
XV.	173	2513	645
	2919	67697	17876

In Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen sind also im Großherzogthum Hessen 85573 Personen beschäftigt. Ein Vergleich mit den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in Hessen liefert den Beweis, daß nach eine große Aufgabe durch die Arbeiter zu erfüllen ist.

### Vom sozialen Kampfplatze.

— In Hessen sind die Arbeiter der Waggonfabrik, darunter 53 Mitglieder unserer Organisation, außerdem Tischler und Stelmacher, wegen angelegentlichster Lohnherabsetzung in den Ausschuss getreten. Alle Einigungsversuche sind gescheitert. Die Herabsetzung des Lohnes wird begründet mit den niedrigen Lohnsätzen, welche Bauernbesitzer in Grünberg, Götting u. s. w. be-

zahlen. Die hiesigen Böhne stellen sich wie folgt: Gasarbeiter 25 Pf., Maschinenarbeiter im Durchschnitt 28 bis 29 Pf., Latirer und Schmiede im Durchschnitt 33 Pf., die Holzarbeiter 34 Pf. pro Stunde. Die Begründung der Lohnverminderung weist unter Anderem auch darauf hin, daß der Fabrikantenzug die Fabrikleitung zwingt, solche hohe Löhne wie seither nicht mehr zu zahlen. Die Streikenden bitten vor Allem um Fernhaltung des Zugzugs.

Bereits am Montag ging uns die Nachricht zu, daß der Streik nach 4 1/2-tägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet ist. Die Firma hat erklärt, bis zum 1. Januar 1900 keine Herabsetzung des Lohnes vorzunehmen. Nach Ablauf dieser Frist soll nach Anhören des Ältesten-Kollegiums der Arbeiter über die Festsetzung der Löhne befunden werden.

— Siegreich beendet ist der Streik der beim Unternehmer Altes in Bremen beschäftigten Arbeiter. Bekanntlich ermangelte Bremen der Kanalisation und wird hier dasjenige, was der Körper aller Sterblichen aus der Nahrung verarbeitet und ausscheidet, in den in Häusern aufgestellten Tonnen aufbewahrt und letztere von den Abfuhrarbeitern abgeholt. Eine kritische Zeit drohte nun durch den Streik anzubrechen. Bedroht waren alle an bessere Dünste gewöhnte Nasen. Aber in solch kritischen Zeitläuften, in welchen Eau de Cologne-Düfte nicht die Lust erfüllen, wacht eine weiße Vorsehung sowohl über Arbeitswillige, als auch über bedrohte Geruchsnerven. Und sie gab allen unter dem Streik duldbenden, von bösen Gerüchten geplagten Bremensern den Rath: Uebet Enthaltung! Enthaltensameit nicht von Speise und Trank, wohl aber in der Entleerung des aus dem Werke der Verdauung im Körper Verbliebenen. Aber die Leibschmerzen! Zum Heile aller Kirchhörner stellte sich die Bewilligung der Arbeiterforderungen ein. Wie weit die Forderungen bewilligt, uns das zu berichten, dazu haben unsere Kollegen noch keine Zeit gefunden.

— Die Streikbewegung ist in allen Ländern in Abnahme begriffen. Wie aus der internationalen Streikstatistik der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ zu ersehen ist, hat die rückläufige Bewegung schon im Monat August begonnen. Während die Zahl der neuen Streiks in Deutschland, Frankreich und England zusammengenommen im Juli 227 betrug, sank die Ziffer im August auf 139. Stark ist indessen noch die Streikbewegung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dort sind sogar die Newyorker Zeitungs-Jungen in der Stärke von 5000 Köpfen in den Ausstand getreten. Auch in Havana ist eine ausgedehnte Streikbewegung zu verzeichnen. Nicht weniger als 12000 Arbeiter haben in verschiedenen Industriezweigen die Arbeit niedergelegt.

— Der Kongreß der englischen Trade-Unions tagte vom 4.—9. September in Plymouth. Er war von 380 Delegirten besucht, welche eine Million Mitglieder vertraten. Der große Maschinenbauer-Verband war, weil er geduldet, daß eines seiner Mitglieder während eines Streiks der Schmiede Schmiedearbeiten verrichtet hatte und das Mitglied (ein Laubstummer) auch nachträglich nicht ausließ, vom Kongreß ausgeschlossen. Resolutionen wurden angenommen zu Gunsten des gesetzlichen Achtstundentages für Kanalisationsarbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit der Irrenwärter, für Einführung der Altersversicherung mit Pensionsberechtigung vom 60. Lebensjahre an, für eine gesunde kommunale Wohnungspolitik, für Zusammengehen von Gewerkschaften, Genossenschaften und Sozialdemokraten bei Wahlen, um eine stärkere Vertretung in den Behörden zu erringen u. s. w. Der im Laufe des Jahres gegründete Gewerkschaftsbund zählt 360000 Mitglieder.

### Polizeiliches, Gerichtliches.

— Wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz hatte sich der Kollege Thoma am 19. September vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. zu verantworten. Kollege Thoma wurde vom Vorstande als Vertrauensmann ernannt. In dieser Eigenschaft soll er 1. den Bestimmungen des Preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 durch Aufnahme von Frauenpersonen als Vereinsmitglieder entgegen gehandelt haben, 2. Statuten und Mitgliederverzeichnis nicht rechtzeitig der Polizeibehörde eingereicht und 3. die eingetragenen Veränderungen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit angezeigt haben. Bekanntlich wurde unsere Zahlstelle Frankfurt, weil sie sich mit politischen Angelegenheiten in den einberufenen Versammlungen befaßt haben sollte, am 18. November 1898 durch die Polizeibehörde geschlossen, diese polizeiliche Maßnahme jedoch durch Richterpruch vom 7. Mai 1899 wieder beseitigt. Der Angeklagte soll nun die Zahlstelle trotz Schließung in der alten Weise fortgeführt haben, auch Mitglieder angenommen und Versammlungen einberufen haben. Der Angeklagte führte an, daß die neuen Mitglieder als Einzelmitglieder des Verbandes in Hannover aufgenommen worden. Die Versammlungen, die stattgefunden, seien allgemeine, von ihm einberufen gewesen, zu denen er als Privatmann eine polizeiliche Genehmigung nicht bedurft hätte. In dem verurtheilten Urtheil wird der Angeklagte wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu dreißig Mark Geldstrafe verurtheilt.

— In einem Gerichtsberichte aus Gießen steht folgendes zu lesen: „Hilde Richter fand den Hofverwalter August Kraul aus Helmsdorf, der gegen Ende April in Beesfeld vom Fenster seiner Wohnung aus, rein aus Uebermuth, auf den Arbeiter Stöpel ge-

schossen hatte, der auf dem Hofe an der Jauchepumpe beschäftigt war. Kraul wollte dem Arbeiter, wie er sagte, „nur durch die Schürze schiessen“, traf ihn aber ins Kniegeleht, woran Stöpel starb. Kraul wurde vom hiesigen Landgerichte zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt. Wäre Kraul wohl so billig weggekommen, wenn er an seinem „gnädigen Herrn“ in gleicher Weise und mit gleichem Erfolge seine Treffsicherheit erprobt hätte?“ — Thätigste Frage. Unter dem Buchtauslurs sind sechs Wochen Gefängniß noch eine recht milde Strafe, wenn ein ehrenhafter Arbeiter einem der für den Staat besonders nützlichen Elemente ein paar Scheltworte zugerufen hat!

### Von der Agitation.

Im Auftrage des Vorstandes vom Gau 2 unternahm Schreiberin dieser Zeilen in der Zeit vom 17. bis 29. September eine Agitationstour durch Braunschweig. Die erste Versammlung, die am 17. in Thiede tagte, war sehr gut besucht und brachte uns einen Zuwachs von 23 Mitgliedern. Die an den Vortrag sich anknüpfende Debatte bewies, daß die Leitung der Zahlstelle in den Händen recht strebsamer und intelligenter Kollegen ruht.

In Fölschen war der Versammlungsbefuch nach besser. Die Vorarbeiten zur Gründung einer Zahlstelle waren von den dortigen Kollegen, sowie vom Kollegen Gelpke in Braunschweig bereits gemacht, so daß die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen und damit die Gründung endgiltig vollzogen werden konnte. 23 neue Mitglieder wurden hier gewonnen.

Der Versammlungsbefuch in Wolfenbüttel war leider nur schwach, obgleich sich die örtliche Leitung alle erdenkliche Mühe gegeben. Dabei könnte hier, wäre der Indifferentismus nicht so groß, eine glänzende Zahlstelle sein. Es wird noch angestrebter, unangesehener Arbeit bedürfen, bevor die Bewegung eine lebhaftere wird.

In Goslar war der Versammlungsbefuch befriedigend. Leider aber fehlten die für unsern Verband in Frage kommenden Personen. Von den Mitgliedern der ehemaligen guten Zahlstelle sind nur einige treu geblieben. Zu thun, was in ihren Kräften steht, um die Bewegung in ein lebhafteres Tempo zu bringen, versprochen nicht nur diese, sowie die neu aufgenommenen Kollegen, sondern auch einige Mitglieder anderer Organisationen. Hoffen wir das Beste für die Zukunft.

In Eschershausen hatten wir wieder eine prächtig besuchte Versammlung. Nicht nur aus dem Orte selbst, sondern auch aus Holzen, Scharfholdendorf und anderen umliegenden Orten waren sie herbeigeeilt. Alles wackerste Männer mit schmelzhaften Häuften, die aus dem Steinbrüche den beliebten rothen Sandstein gewinnen, die dem Schooß der Erde den Asphaltstein abringen, im nahen Walde das Holz für die Glashütte füllen oder in den Asphaltfabriken ihr schweres Tagewerk verrichten. Sie alle folgten mit höchlichem Interesse dem Vortrage, durch Zusage ihre Zustimmung, durch eine lebhafte Debatte ihre eigene Meinung kundgebend. 21 neue Kollegen wurden dem Verbände zugeführt. Höher noch als dieser greifbare Erfolg ist aber jedenfalls der Umstand anzuschlagen, daß es den Kollegen einmal in größerer Anzahl vergönnt war, sich gegenseitig auszusprechen und anzusehern. Jedenfalls hat die Versammlung wesentlich zur Stärkung des Solidaritätsgeföhls, zur Neubelebung ihres Muthes und ihrer Thatkraft beigetragen.

In Holzminden hatten wir ebenfalls eine prächtig besuchte Versammlung. Aber hier wie in Eschershausen rekrutirten sich die Besucher lediglich aus Männern. Das famose Braunschweiger Vereinsgesetz, das nach manchen Richtungen hin reaktionärer noch als das schiffische „Juwel“ ist, gestattet es bekanntlich Frauen nicht, an Versammlungen als Zuhörer theilzunehmen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden. Als Rednerin darzu aufzutreten ist ihnen, wie Figura zeigt, nicht verboten. Es lebe die deutsche Freiheit! Einen Zuwachs von 14 neuen Mitkämpfern brachte uns diese Versammlung.

In Schöningen war der Versammlungsbefuch leider sehr schwach. Hier hat seit Jahren eine große Rauheit Platz gegriffen. Als im Frühjahr der Maurerstreik ausgebrochen, schien die Bewegung eine lebhaftere werden zu wollen, aber jetzt macht sich wieder der alte Sclendrian breit. Von den 75 erschienenen Personen wurden 12 für die Organisation gewonnen und zwar 7 für unsere und 5 für den Holzarbeiterverband.

Die Blankenburger Kollegen hatten für ein volles Haus gesorgt, auch sehr viele Frauen waren amfend, die sämtlich mit lebhaftem Interesse dem Vortrage folgten und nach Beendigung desselben lebhaft unter einander für unsern Verband agitirten. 20 Neuzugewonnenen waren hier zu verzeichnen. Nach Schluß der Versammlung blieben noch alle gemüthlich beisammen, sich durch lebhafte Diskussion und gemeinschaftlichen Gesang gegenseitig unterhaltend.

In Thale war der Versammlungsbefuch ebenfalls ein guter. Hier galt es einen neuen Anknüpfungspunkt für unsern Verband zu schaffen, was denn auch gelang, indem sich 15 Personen nach der Versammlung ansprechen ließen, während dieselbe Anzahl sich schon vorher zum Eintritt bereit erklärt hatte. Es wäre somit mit 30 Personen ein guter Anfang gemacht. Die Organisationsmitglieder werden hoffentlich für weiteren Zuwachs sorgen. Ein weites Thätigkeitsfeld liegt vor ihnen, arbeiten doch auf dem großen Eisenwerk, sowie in dem jetzt wieder in Angriff genommenen Bergwerk

viele Hunderte von Arbeitern, deren Lage wahrlich verbesserungsbedürftig genug ist.

Den Schluß der Tour bildete Gelmstedt. Als ich vor circa 1 1/2 Jahren hier eine Versammlung für unseren Verband abhielt, war dieselbe nur mäßig besucht, da man sehr schlecht Propaganda für dieselbe gemacht hatte, es wurde jedoch versprochen, in Zukunft dem abzuwehren. Als ich diesmal hinfam glaubte ich, das Versprechen zu gehalten, da ich an den Straßenenden große Plakate mit der Aufschrift „Öffentliche Gewerkschaftsversammlung“ prangen sah. Leider wurde ich arg enttäuscht, als ich genauer hinsah und gewahrte, daß die darauf angekündigte Versammlung bereits vor 14 Tagen gewesen. Und wirklich war die Versammlung nur bekannt gemacht durch hektographirte Zettel, die vor einigen Fabriken an dem Versammlungabend verbreitet waren. Daß da nicht von einer auch nur halbwegs besuchten Versammlung die Rede sein konnte, ist selbstverständlich. Die Erschienenen waren organisierte Genossen anderer Organisationen, die zufällig von der Versammlung erfahren hatten. Es ist eine solche Handlungsweise unserer Kollegen nicht scharf genug zu verurtheilen. Wenn ihnen an einer Agitationsversammlung nichts liegt, sollten sie das doch lieber von vornherein erklären, da könnte der Verband doch die Kosten für Referenten usw. sparen.

Die geplanten Versammlungen in Braunschweig und Bielefeld konnten umständehalber nicht abgehalten werden, jedoch wird das Veräumte in nächster Zeit nachgeholt werden. Dem Gau II wurden durch diese Tour 147 neue Mitglieder zugeführt und eine Zahlstelle neu gegründet. Louise Zieg.

### Auszahlung des Reisegehalts.

Wiederum liegen uns zwei Bücher vor, welche ausweisen, daß die Mitglieder Johann Schluß aus Plothen, Buch-Nr. 020836, eingetreten am 23. September 1896, und Gottlieb Schulz aus Klugewo, Buch-Nr. 017049, eingetreten am 5. August 1896, unrechtmäßigweise Reisegehalt bezogen haben. Gesteren war am 9. November 1898 ausgesteuert, an diesem Tage hatte er den Rest von 20 Mk. bezogen. Gemäß unseres Reisereglements, Abs. 3, konnte das Mitglied erst am 10. November 1899 wieder Reisegehalt beziehen. Dessen ungeachtet zahlte der Auszahler in Flensburg bereits am 14. November 1898, also 3 Tage nachdem 20 Mk. voll ausbezahlt waren, wieder Reisegehalt aus. Ihm folgten die Auszahler in Paderborn, Wessellburen, Elmshorn, Bergedorf, Lübeck, Kiel, Schleswig und Husum. Das Mitglied Schulz war am 14. April 1898 mit 20 Mk. ausgesteuert und konnte erst am 15. April 1899 wieder Reisegehalt beziehen, hat solches aber bereits am 15. November 1898 wieder erhalten und zwar bis zum 18. Januar 1899 weitere 19,98 Mk. Diesem Mitgliede ist es gelungen, vom 6. Januar 1898 bis 18. Januar 1899 sage und schreibe 39,98 Mk. — neununddreißig Mark und 98 Pfennige — aus der Verbandskasse zu beziehen. Wir bringen noch einmal die Bestimmungen des Reisereglements in Erinnerung und warnen die reisenden Kollegen. Denselben sind die Bestimmungen des Reglements nicht unbekannt, nur meinen sie, jeder Verantwortung ledig zu sein und die Auszahler seien nur allein dafür verantwortlich und müßten diese aufpassen. Da sind die reisenden Kollegen denn doch im Irrthum, vielmehr verlangen wir die Rückzahlung des unrechtmäßig bezogenen Reisegehalts, erfolgt diese nicht, dann nehmen wir die Bücher ab und die Mitglieder gehen ihrer Mitgliedsrechte verlustig. J. A.: Aug. Brey.

### Korrespondenzen.

Den Versammlungs-Anzeiger werden wir in einer der nächsten Nummern zum Abdruck bringen. Aenderungen, die seit der letzten Veröffentlichung eingetreten sind, wolle man, wenn sie herabzusehen sind, sofort mittheilen.

#### Aug. Brey.

Milfeld a. Leine. Eine öffentliche Versammlung, die auf Antrag des Vorstandes des Gaus I einberufen war, tagte am 18. September. Kollege Brey-Gannover hatte das Referat übernommen und sprach darüber über: „Die Aufgabe der Arbeiter im Reich des Reichsverbandes“. Redner betonte, daß gerade jetzt wieder das politische und wirtschaftliche organisierte Unternehmertum von der Gesetzgebung Vermeidung der Strafen Paragrafen gegen kämpfende Arbeiter fordere, trotzdem schon die bestehenden Strafbestimmungen in reichlicher Weise zur Bestrafung oft geringfügiger Verstöße zur Anwendung gelangten. Die Lage der Arbeiter, ihr Einkommen und ihre Ausgaben und die Profite einzelner Unternehmer wurden auf Grund statistischen Materials beleuchtet. Zum Schluß forderte Redner zum Eintritt in die Organisation auf.

Berlin. Am 21. September tagte unsere Mitgliederversammlung im „Koblenberger Salon“. Genossin Frau Meißner referirte über das Thema: „Was hat die Frau zu thun, um sich eine menschenwürdige Existenz zu erringen“. An der Hand zahlreicher Materialien beleuchtete Rednerin in 1 1/2 stündigem Vortrag die traurige Lage der Arbeiterinnen; sie bewachte es, daß von den Arbeiterinnen nicht geäußert sei, sich an den Maßstab zum Gewerbebetriebe zu beteiligen, trotzdem sie dasselbe sehr oft in Anspruch nehmen müßten, und forderte zum Schluß ihres sehr interessanten Vortrages die Frauen auf, sich zu organisieren, damit sie nicht mehr als Feinde des Mannes, sondern als ihm gleichberechtigte Mitkämpferin angesehen werden. Nach einem kurzen Zusatz des Vorsitzenden und der Aufforderung dieselben an die anwesenden Gäste, sich dem Verbands anzuschließen, und nach einem Hinweis auf das am 21. Oktober stattfindende Stiftungsfest schloß die verhältnismäßig sehr gut besuchte Versammlung. Es liegen sich 7 Kollegen und 2 Kolleginnen in den Verband einschreiben.

Colbitz. Am 17. September tagte hier eine öffentliche Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Gründung einer Zahlstelle“, erhielt der Kollege Bahne das Wort. Redner führte den Versammelten vor Augen, welche Vortheile

und Zwecke die Organisation habe und forderte die Anwesenden auf, alle, Mann für Mann, der Organisation beizutreten. Darauf nahm Kollege Schmidt das Wort und führte aus, daß die Arbeiter ein gesetzliches Recht dazu hätten, sich zu organisieren. Nach Schluß der Versammlung ließen sich 39 Mitglieder in den Verband aufnehmen.

Soswitz. Sonnabend, den 23. September, tagte im Lokal „Gambrium“ eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Tischler- und Arbeitervereine des Reichsverbandes. Kollege Heinrich-Dessau referirte über das Thema: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“. Redner entwarf die seiner Aufgabe in geschichtlicher Weise, was der Bekanntheit der leidlich besuchten Versammlung bewies. Er kritisierte besonders die schwierigen Verhältnisse, betonend, wie notwendig gerade in Soswitz die Organisation für alle ungelerten Arbeiter sei. Sechs neue Mitglieder wurden gewonnen. Da die Zahlstelle seit Mitte Juli ohne einen 1. Bevollmächtigten war, wurde Kollege Otto-Denze als solcher einstimmig in Vorschlag gebracht. Möge es dem neuen Bevollmächtigten gelingen, auf dem weiten, der Biederung harrenden Agitationsfelde die entsprechende Ernte für die Organisation einzuharsten.

Danzig. Eine Feuersbrunst, welche für viele unserer Kollegen Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird kam am 28. September in Danzig zum Ausbruch. An diesem Tage brach auf der Danziger Delmühle Großfeuer aus. Es gelang, die Delmühle und den Delmüllschuppen unter großen Anstrengungen zu retten. Die Getreidemühle, die Stärkefabrik und das Magazin-gebäude brannten nieder. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. Dieser Schaden wird den Besitzern durch die Versicherungen gedeckt werden, aber für die beschäftigungslos werdenden Arbeiter ist keine Deckung des Schadens vorhanden.

Scherzhofen. Sonntag, den 24. September, tagte hier unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollegin Ziegler referirte unter großem Beifall über das Thema: „Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst“. Dann wurde beschlossen, daß die Sperrung über das Geschäft des Herrn Watermann weiter bestehen soll. Ferner wurde eine Kommission gewählt, welche mit dem neuen Steinbruchbesitzer, Herrn Köhlig, darüber unterhandeln soll, ob er gewillt ist, die Bedingungen, welche an Herrn Watermann gestellt sind, von diesem aber abgelehnt wurden, anzuerkennen. Es ist dieses notwendig, da man annimmt, daß Herr Köhlig die Arbeiten für Herrn Watermann fertigen läßt und dadurch die über das Watermannsche Geschäft verhängte Sperre umgangen wird. Die hiesigen Arbeitgeber im Steinweggewerbe scheinen einen neuen Anschlag gegen die Arbeiter zu planen, darum ist Vorsicht geboten.

Flensburg. Am 21. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Parteilegitimierter Kollege E. machte bekannt, daß das Gewerkschaftsfest eine Einnahme von 1130,60 Mk. und einen Ueberschuß von 719,36 Mk. zeigt. Es wird ein Reitationsabend veranstaltet und dazu Herr Schampfleiter Malotte aus Stuttgart eingeladen, um „Die Arbeiter“ zu rezipieren. Als Delegirter zur Gauskonferenz in Elmshorn wurde Kollege G. gewählt. Sein Antrag: „Jedezeit, wenn ein Referent eine Agitationstour unternimmt, den Inhalt des Referats durch eine vom Gauvorstand verfaßte Broschüre 8-14 Tage vorher artikulieren zu lassen, damit ein besserer Versammlungsbesuch ermöglicht wird“, wurde angenommen. Kollege G. stellt den Antrag: Die Gauskonferenz möge Stellung nehmen gegen die Berufsorganisationen. Anlaß dazu gab die letzte öffentliche Brauerverammlung. Dort machte der Referent (Vorsitzender des Brauerverbandes) die Bemerkung, der Hilfsarbeiter gehöre in diejenige Organisation, in deren Beruf er thätig sei. In der darauf folgenden Diskussion ließ er die Worte fallen, der Kollege Brey aus Hannover hätte am letzten Gewerkschaftstreffen, wo dieser Punkt ebenfalls zur Verhandlung stand, geäußert: „Na, die paar Brauereiarbeiter könnt Ihr dann auch noch kriegen“. Diese Worte wurden in unserer Versammlung abfällig kritisiert. (Bestreite gar nicht, die Worte gebraucht zu haben, aber nach Schluß des Kongresses auf der Straße in Gegenwart der Delegirten unseres Verbandes. Anders als ironisch waren sie nicht gemeint. Daß sich unsere Kollegen in Flensburg darüber aufregen, nimmt uns Wunder. Es müß eben auch Agitatoren geben, die mit Privatäußerungen auf Agitation gehen. Der betreffende Redner hätte ja auch anführen können, daß privatim geäußert worden, die Brauereiarbeiter hätte weit mehr Veranlassung, zunächst die „Bundesgenossen“ zu gewinnen, die ohne allen Zweifel zu ihr gehören. Das alles ändert aber nichts an der Thatfache, daß in zweifelhaften Fällen die Arbeiter selbst die Entscheidung darüber treffen, welcher Organisation sie angehören wollen. Für uns unterliegt es auch gar keinem Zweifel, daß die Brauereihilfsarbeiter in Flensburg, die, bevor sie sich unserer Organisation angeschlossen, einem allgemeinen lokalen Arbeiterverein angehörten, auch zu uns gehören und recht Veranlassung haben, sich von Zweifeln plagen zu lassen, ob sie dem Verband der Transportarbeiter, dem Verband der Brauer und wer weiß, welchem sonst noch, sich anschließen sollen. N. B.) Im Beschiedenen wurde bekannt gemacht, daß auf Sammelkassen in unserer Zahlstelle für die ausgesperrten Sänen 126,50 Mk. gesammelt und aus der Lokalkasse 70 Mk. bewilligt wurden. Vom 1. Oktober an tagen unsere Mitgliederversammlungen wieder alle 14 Tage. Unser langjähriger 2. Bevollmächtigter legte zum 1. Oktober sein Amt nieder. Am 17. September tagte in Garrislee eine öffentliche Hilfsarbeiterversammlung. Kollege G. referirte über „Die Entwidlung der Technik“. Redner erlegte seinen einwöchigen Vortrag zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden, das bewies der Beifall, welcher ihm am Schluß zu Theil wurde. Nachdem Kollege M. zum Beitritt in unsere Organisation aufgefordert und zum Abonnement für unsere Presse eingeladen hatte, folgte Schluß der leidlich besuchten Versammlung.

Palle a. S. In der Versammlung vom 16. September hielt der Stadtratordnete Krüger einen lehrreichen Vortrag über: „Die Arbeiterfrage in alter und neuer Zeit“. Redner griff in seinem Vortrage bis ins Mittelalter zurück und führte den Anwesenden in klarer und deutlicher Weise die Entwidlung der Arbeiterfrage bis zur Jetztzeit in 1 1/2 stündigem Vortrag vor Augen. Am Schluß seines Vortrages wurde ihm reichlicher Beifall zu Theil. Zur Wahl eines 1. Bevollmächtigten war ein Antrag eingegangen, da wir in kurzer Zeit vor der Neuwahl des Gesamt-Vorstandes stehen, dem ersten Redner die Geschäfte bis zur Neuwahl zu übertragen; der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Zwei Kollegen, welche unverschieden in Roth gerathen sind, wurden 10 Mk. bezw. 5 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt, einer Kollegen werden die Beiträge für die Monate März bis 1. Oktober vergütet. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Entlassung des Kollegen Spiel in der berühmten Fabrik von Deyne. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, daß die Bevollmächtigten und Referenten den Hauptvorstand von der Maßregelung in Kenntnis zu setzen haben, damit Kollege Spiel zu seiner Unterstützung gelangt. Schluß der Versammlung 12 Uhr.

Hamburg. In der Versammlung am 20. September wurde der 1. Punkt der Tagesordnung „Unsere Löhne bei Lohnbewegungen“ wegen zu schwachen Versammlungsbefehdes durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Zum 2. Punkt „Gauskonferenz“ meinte Kollege Schröder, in den größeren Zahlstellen müßte mehr agitiert werden, und sprach dafür, einen Delegirten zur Gauskonferenz zu schicken. Kahl erklärte, daß der Gauvorstand hinsichtlich Agitation Alles gethan habe, was in seinen

Kräften stand. Sodann wurde als Delegirter Kollege Ahrens und als Stellvertreter Kahl gewählt. Nachdem 11 Kollegen und Kolleginnen in das Bestkommite gewählt waren, erhaltete Balle den Bericht vom der am 18. September abgehaltenen Kartellkonferenz. Dann machte Kollege Schröder das Resultat von der Abstimmung über die Errichtung eines Arbeiterssekretariats bekannt. Der 1. Bevollmächtigte verlas ein Schreiben vom Vorstande des Vereins deutscher Schuhmacher, worin die Erfolge angeführt werden, welche der gegen die Firma Tad u. Cie. gerichtete Boykott hat. Der Bevollmächtigte forderte die Mitglieder auf, in diesem Boykott ihre Pflicht zu thun. Mehrere Anträge der Bevollmächtigten standen dann zur Erledigung. 1. Antrag: Anschaffung von Zeitungsmappen für die Hilfskassier; 2. Antrag: Anschaffung einer Geldkassette; 3. Antrag: Anschaffung von Plakaten, deren Text kurz auf Jmed und Kuffen unserer Organisation hinweist; dieselben sind in Wirklichkeit auszubringen. Ferner liegt ein Antrag der Bevollmächtigten vor, die Kartelldelegirten an den Vorstandsstellungen theilnehmen zu lassen. Sämmtliche Anträge wurden angenommen. Nach Verlesung eines Flugblattes vom Hamburger Fortbildungsverein, worin die Arbeiter zur Theilnahme an den Unterrichtskursen aufgefordert werden, machte Kollege Ahrens noch bekannt, daß Kollege Schröder zwei Jahre aus unseren Reihen austreten muß; er erwählte die Verdienste desselben und hofft, daß Schröder nach Beendigung seiner unfreiwilligen Ferienzeit seine gewohnte Thätigkeit in unserer Organisation wieder aufnehmen. Daraus wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg-St. Georg. In der Mittwoch, den 26. September, bei Sammel stattfindenden Mitgliederversammlung hielt Genosse Schaumburg zunächst einen Vortrag über das Thema: „Zucht und Verbrennen“, nachdem erst Kollege Schütt den Kartellbericht. Genosse Schaumburg bringt den über die Schuhfabrik Contr. Tad u. Co. verhängten Boykott in Erinnerung und bittet die Versammlung, dahin zu wirken, daß der Boykott für die genannte Firma immer empfindlicher werde. Nach erfolgter Wahl von 5 Hilfskassieren wird Kollege Grien zu der am 21. Oktober stattfindenden Gauskonferenz in Elmshorn als Delegirter gewählt. Dem frankten Kollegen E. wurde eine Unterstützung von 15 Mk. gewährt. Beschlossen wurde ferner die Verlegung der Monats-Versammlungen auf den 2. Mittwoch jeden Monats. Hierzu richtet der Vorsitzende an die Kollegen, welche zum Mitwirkenden einberufen werden, die Aufforderung, bei Sache des Verbandes treu zu bleiben und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Kollegen nach Beendeten Militärdienst ihre Thätigkeit für den Verband wieder aufnehmen werden. Sodann erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg-Elmshorn. In unserer, am 14. September tagenden Mitgliederversammlung wurde der Delegirte beauftragt, auf der Gauskonferenz des 14. Gaus zu Elmshorn eine Resolution zu vertreten, wonach mit der Agitation bei den Landarbeitern im Frühjahr, Januar-Februar, und im Herbst im November-Dezember begonnen werden soll. Als Delegirte werden die Kollegen Zeuge und H. Schulz gewählt. Alsdann wird beschlossen, den Unterhaltungsabend am 21. Oktober im Lokal des Herrn Borchert, Canalstraße, abzuhalten. Auch dem Vorschlag der sämmtlichen Bevollmächtigten von Hamburg, monatlich im Jahre 1900 ein gemeinschaftliches 10 jähriges Stiftungsfest abhalten wollen, wird lebhaft zugestimmt. Dem Hilfskassierer wurde beantragt, für jeden Fundgänger auf 1 Mk. 1,50 Mk. zu bewilligen. Nach kurzer Debatte wird der Antrag zurückgezogen. Kollege B. Schulz wird als Hilfskassierer gewählt. Dem 2. Bevollmächtigten werden 10 Mk. Mantelgeld pro Quartal bewilligt.

Magdeburg. In unserer Mitglieder-Versammlung am 16. September hielt Karl Görlitz einen Vortrag über „Das Vermächtniß des scheidenden Jahrgangsbekanntes an die geknechtete Menschheit“. Mit regem Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen des Referenten. Zum Hilfskassierer für Magdeburg und Alte Neustadt wurde Kollege Sahj ernannt. Des Weiteren wurde darauf aufmerksam gemacht, daß im Winterhalbjahr wieder zwei Versammlungen im Monat abgehalten werden, und zwar jeden Sonntag nach dem 1. und jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat. Der Kollegin Wittwe Marie H. wurde, da sie schon längere Zeit krank ist, eine Unterstützung zugewilligt. Nachdem der Vorsitzende zu schleuniger Abfertigung der Statistibogen aufgefordert, gedachte derselbe noch unseres verstorbenen Kollegen Eduard Schlichter in kurzen, den Todten ehrenden Worten. Nach einigen aufmunternden Worten an die Kollegen, die Versammlungen im Winterhalbjahr reger zu besuchen, wurde die Versammlung, welche gut besucht war, geschlossen.

München. Die Lage der städtischen Wasserbauarbeiter veranlaßt uns, einige Worte im „Proletarier“ zu veröffentlichen. Gegenwärtig steht der Stundenlohn auf 32 Pfg., sobald aber im Winter die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird, so ist 100 gegen 1 zu wette, daß er, wie alle Jahre, wieder herabgesetzt wird auf 30 und, meistens, 28 Pfg. Denn auch Magistratus hat (allen Privatunternehmern zum Vorbild) die Ueberszeugung, daß der einzelne Arbeiter im Winter viel weniger thätig und werth ist. Zur Lohnkürzung ist man überhaupt sehr schnell bei der Hand, man thut, ohne den Betroffenen nur eine Silbe mitzuthun. Da giebt es natürlich sehr besorgte und enttäuschte Gesichter an den Samstagen, gar mancher hofft, für Sonntag seinen Kindern einmal genug Essen kaufen zu können, statt dessen hat er soundsoviel Abzug. Von der Roth unter diesen Arbeitern kann man sich einen Begriff machen, wenn man sieht, wie sie gezwungen sind, sich täglich Wieder- und selbst Hungerfleisch zu broten, um wenigstens den Magen zu füllen. Freilich, alle brauchen nicht Hungerfleisch zu essen, denn bei manchen langt es auch dazu nicht. Unsere Kollegen beim Stadtbauamt sollen sich nur energig dagegen verwahren, daß ihnen die 2 resp. 4 Pfg. pro Stunde wieder abgezogen werden. Der beste Schutz ist da die Organisation, der Zusammenenschluß. Vieles ließe sich noch berichten über Behandlung, Schutz gegen Unfälle usw. Darüber mehr zu schreiben wird kaum nöthig sein, unsere Kollegen beim Wasserbau werden wissen, was sie zu thun haben.

Am 24. September tagte im „Kreuzbräu“ eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ungelerner Arbeiter. Referent Mauerer sprach über das Thema: „Die ortsüblichen Tageslöhne in Bayern und deren Bedeutung für die Arbeiter“. Redner schilderte, wie aus Drängen der organisierten Arbeiterschaft die verschiedenen Versicherungsgehalte eingeführt wurden und wie, um eine Unterlage zu schaffen, für die Berechnung der Renten und Unterhaltungen von den Behörden der ortsübliche Tageslohn festgelegt wurde. Referent betonte, wie wichtig die Erhöhung der ortsüblichen Tageslöhne für die Arbeiterklasse sei und forderte die Anwesenden auf, thätigst dafür zu agitieren, daß sie in München entsprechend erhöht würden. Dem Referate folgte eine lebhaft Diskussion, woraus folgende Resolution angenommen wurde: „Die heute, den 24. September 1899, im „Kreuzbräu“ tagende öffentliche Versammlung der ungelerten Arbeiter Münchens erklärt, daß die von den maßgebenden Behörden festgesetzten ortsüblichen Löhne von 2,50 Mk. für männliche und 1,50 Mk. für weibliche Erwachsene, und von 1,10 Mk. für männliche und 1 Mk. für weibliche jugendliche Arbeiter keineswegs mehr den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen. 1. Diese Tageslöhne stehen im auffallendsten Widerspruch zu den Ausgaben für die notwendigen Lebensmittel, 2. ist dieser ortsübliche Tageslohn im Durchschnitt durch die thatsächlichen Löhne überholt. Bei der Bedeutung dieser ortsüblichen Tageslöhne für die Berechnung der Unterhaltungen, Renten usw. der Sozialgesetzgebung ist es Thatache, daß die Münchener Arbeiter durch das Festhalten an den angeführten Lohnsätzen schwer geschädigt werden. Die Versammlung verlangt daher, daß die Behörden die ortsüblichen Tageslöhne entsprechend erhöhen.“

Dieses Verlangen ist umso mehr berechtigt, als eine Reihe von deutschen Städten höhere örtliche Tagelöhne hatten als München, obwohl letztere Stadt thatsächlich zu den theuersten gehört.

**Offenbach.** In unserer am 16. September stattgehabten regelmäßigen Mitglieder-Versammlung referirte Kollege Streb über das Thema "Frauenarbeit und Frauenbewegung". Redner besprach die einzelnen Wirtschaftsklassen bis auf unsere Zeit, in der die Frau, wenn die Familie nicht Noth leiden soll, gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen wie der Mann. Dem Unternehmer allerdings ist die Frau ein willkommener Ausbeutungsobjekt, da er in den Frauen billigere Arbeitskräfte hat und diese auch seinen Anmaßungen nicht den Widerstand entgegenzusetzen wie der Mann. Des Weiteren führte Redner statistisches Material für die Zunahme der Frauenarbeit an, so z. B. in den Kohlenbergwerken, wo die Zahl der weiblichen Arbeiter im Jahre 1882 5919, im Jahre 1895 6107 betrug. Bei Steinmetzarbeiten (in Steinbrüchen 1882 1924, 1895 2647, in der Textilindustrie (Weberei und Tuchmacherei) 1882 139 436, 1895 202 186, in der Tabakfabrikation 1882 37 947, 1895 69 485. Auch die Heimarbeit, wo die Frau oft bis in die späte Nacht, womöglich unter Zuhilfenahme der Kinder, für lärglichen Lohn arbeiten muß, fand durch den Redner die gebührende Beleuchtung. Habe man doch Beispiele, wo Mann und Frau in 14 Tagen zusammen 16 Mk. verdienten. Wo sollte da eine kräftige Generation herkommen, wenn schon, wie z. B. durch beim Hasenhaarputzen und in der Zigarrenfabrikation beschäftigte Mütter der Keim der Proletarierkrankheit auf die schwächlichen Kinder übertragen wird. Zu wundern brauche man sich deshalb allerdings nicht, wenn man hier Millionen sehe, die vor kaum 20 Jahren als arme Teufel ins Land kamen. Redner besprach dann die Frauenbewegung. Wenn gesagt werde, die Thätigkeit der Frau sei auf die Hausarbeit zu beschränken, so sei dies ein großer Irrthum. Die Frau, die mit zur Ernährung der Familie beizutragen habe, sei als gleichberechtigt mit dem Manne anzuerkennen. Leider sei bis jetzt in Deutschland von der Gesetzgebung noch nichts für die Frauen geschehen, die nur Pflichten, aber keine Rechte hätten, während man sie schon bei geringem Verdienst mit einem Steuerzettel beglücke. In anderen Ländern trage man den Frauen bereits mehr Rechnung, z. B. in Amerika. Hier hätten die Frauen in 27 Staaten das Stimmrecht; in Deutschland könnten sie noch nicht einmal zum Gewerbegericht die Weisiger mitwählen. Redner betrachtete es als unsere erste Pflicht, die Frauen durch rasche Agitation zur Verbesserung ihrer Lage in die Gewerkschaften zu bringen. Sei auch im letzten Jahre die Zahl der organisierten Frauen zuzugewachsen, so habe doch speziell unser Verband eine Anzahl weiblicher Mitglieder gewonnen. In der Diskussion besprach Kollege Benz die traurigen Verhältnisse der Arbeiterinnen in Ober-Rhein, wo unsere Zahlstelle vernachlässigt wurde und die dortigen Arbeiterinnen jetzt zum Theil mit 3-5 Mk. wöchentlich heimgehen. (Die Zahlstelle ist inzwischen ganz eingegangen. D. R.) Frau Träger kritisirte zwar die Gleichgültigkeit der Mädechen, die lieber dem Veranügen nachlaufen, als sich über ihre Lage in den Versammlungen aufklären zu lassen. Sie betonte, wie notwendig es für die Arbeiterinnen sei, daß sie sich im Kampfe um tägliche Brot Selbstvertrauen und Selbstachtung aneigneten, und diese Selbstachtung zu stärken, dafür sei der Verband das rechte Mittel. Auch verschiedene andere Kollegen besprachen die Verhältnisse der Arbeiterinnen am Plage und in der Umgegend. Unter "Verschiedenes" beantragte Kollege Siedinger, nächstens einen Vortrag zu halten über: "Wie stellt sich der Verband zur Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandes?" Der anwesende Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes erwiderte, daß diese Frage auf jedem Kongreß erörtert werde; doch so lange alle die kleinen Verbände sich nicht in große Industrieverbände auflösen, sei daran nicht zu denken, doch werde die Frage als eine Hauptfrage der Gewerkschaften immer im Auge behalten. Kollege Benzging wünschte, daß einige Exemplare der neuen Mittheilungen, die mit dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft treten, angeschafft würden. Auch soll sich der Vorstand mit der abzuhaltenden diesjährigen Abendunterhaltung beschäftigen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Rothenburgsort.** Am 20. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei v. Eitzen. Zunächst berichtete Kollege Niemann über den verunglückten Streik auf der chemischen Säengerfabrik und führte derselbe aus, daß die Kollegen das Wüthigen des Streiks selbst verschuldet hätten dadurch, daß sie den Rath der Bevollmächtigten nicht befolgten. Nach der Abrechnung über die Sammelkassen für die diesjährigen Ausgesperrten sind in der Zahlstelle Rothenburgsort insgesamt 500,90 Mk. gesammelt. Als Delegirter zu der 1. Gaukonferenz, welche am 22. Oktober in Elmshorn abgehalten wird, wurde Kollege Horn gewählt. Nachdem noch der Kollege Müller den Kartellbericht erstattet hatte, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Schiffert.** Am 16. September tagte im Lokale des Herrn Beck unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege 2. besprach zum 1. Punkt der Tagesordnung die Vortheile, welche der Konsum-, Spar- und Sparverein "Produktion" den Mitgliedern bietet. Redner schilderte die jetzige Stellung der Händler und Kaufleute gegenüber den Arbeitern. Auch die Ausbeutung durch die Hausgebeten wurde gebührend beleuchtet. Die Häuser würden rasch und in leichter Bauart fertiggestellt, während die Miethen stetig steigen. Die Ausführungen wurden durch die Kollegen Sch. und 2. ergänzt und wurden besonders die Hausfrauen angestrichelt, das Unternehmen "Produktion" nach Kräften zu fördern. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 920 Mk. Als Delegirter zur Gaukonferenz in Elmshorn wurde Kollege 2. gewählt. Anschließend hieran wurde beschlossen, den Delegirten 5 Mk. Diäten und freie Fahrt zu gewähren. Einer durch Krankheit in Noth gerathenen Kollegin wurden 15 Mark Unterstützung bewilligt. Zur Vornahme einer Hausagitation wurde eine Kommission von 15 Personen gewählt.

**Stettin.** Sonntag, den 17. September, hielt die hiesige Zahlstelle ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Lokale des Kollegen Schmalow ab. Die Abrechnung vom Vergnügen wurde vorgelesen und für richtig befunden. Das Stiftungsfest, bestehend in Log. Feste, Theater-Vorstellung und Ball, wird auch gekonnter Beschluß im November im Lokale der "Hilfskassen" gefeiert werden. Ein Komitee von 7 Mitgliedern wurde beauftragt, die nöthigen Vorarbeiten zu besorgen. Nachdem die Mitglieder aufgefordert waren, die Spenden zu bezahlen und ihren Beiträgen gegenüber dem Streikfonds was sie bisher nachgeliefert, fand nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten die Versammlung ihren Schluß.

**Stettin.** Am 12. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zunächst liegen sich 6 Kollegen in den Verband anschließen. Dann wurde über die Abhaltung eines Festes gesprochen und beschlossen, auch schon Junit zu gewähren. Unter Besprechung dargelegten wurde der weitere Ausbau unserer Zahlstelle, die jetzt 66 Mitglieder zählt, besprochen.

### Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung "Vorwärts", Berlin, ist jetzt der **Arbeiter-Monatskalender für 1900** erschienen. In einem bunten und doch geschmackvollen Gewande verbringt er ein reiches Maß, der besonders von den kämpfenden Arbeitern begrüßt werden wird. Aus dem Inhalt besonders hervorzuheben ist zunächst eine gemeinschaftliche Zerkelung des Berl.-Arbeiter-Verbands und der übrigen für den Arbeiter-

wissenschaftlichen Abschnitte aus dem bürgerlichen Gesetzbuch. Mehrere Seiten sind angefüllt durch ein Adressen-Verzeichnis der Gewerkschafts-Vorstände. Die Fabrik-Inspektoren Deutschlands sind unter Angabe ihrer Amtsbezirke aufgeführt, desgleichen die Adressen der Arbeiter-Sekretariate. Dann finden wir eine Statistik der letzten Reichstagswahlen, welche die in jedem Wahlkreise für jede Partei abgegebene Stimmengahl enthält, sowie die zu einem Vergleich erforderlichen Ziffern der Wahl von 1893. Eine tabellarische Uebersicht zeigt das Wachstum der Partei seit 1871 in den einzelnen Ländern und Provinzen. Dann folgt der Kalender der Porträts und kurze Abrisse aus dem Lebenslaufe der derzeitigen sozialdemokratischen Abgeordneten und ein Verzeichniß der in den einzelnen Bundesstaaten gewählten Landtagsabgeordneten. Dann finden wir Porträts, Tabellen zum Eintragen der wöchentlichen Einnahmen und Ausgaben u. s. m. Kurzum, der Arbeiter-Monatskalender präsentirt sich als praktisches empfehlenswertes Nachschlagewerk, um so empfehlenswerther, als sein Preis nur 60 Pfennige beträgt.

**"Der Arbeitsmarkt"**, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des "Verbandes deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in No. 1 des 3. Jahrganges unter Anderem: Platzordnungen. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau und Hütten (Betriebsbeschränkungen in der Eisenindustrie); Metalle und Maschinen (drohende Uebersproduktion in der Waggonindustrie); Textilgewerbe (Krisis in der Wiggonspinnerei); Situationsberichte aus Plätzen und Ländern: Spandau; Frankreich; Ausland. Statistisches Monatsmaterial: Börsenkurse zc.

### Quittun-

Selt Dienstag, den 19. Sept. aber, gingen folgende Beträge ein: Eidersheim 18,20; Marne 150; Biebrich 84,94; Apenrade 117,30; Charlottenburg 15; Rehheim 3,20; Wilster 10,90; Dudenhausen 50,40; Eppendorf 100 Mk. Streikkasse: Hannover N.-D. 37,70 Mk. Für die dänischen Ausgesperrten: Elbingerode 25; Biebrich 10; Hohlau 7,50 Mk. Protokolle: Hannover N.-D. 15 Mk. Schluß: Dienstag, den 3. Oktober, Mittags 12 Uhr.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.** Johann Landgreen, geboren in Westrow in Norwegen, eingetretet am 3. Juli 1897.

### Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Wroitem. (Gau 2.) Fritz Achilles.  
Solbitz. (Gau 3.) Wilhelm Kempe.  
Erfter. (Gau 7.) Heinrich Werner, Wilhelmstr. 50.  
Wilster. Gustav Sieble, Klosterhof.  
Schlingen. Jakob Himmel, Ober-Schlingen Nr. 10, prt.  
Stellingen bei Stahfurt. (Gau 3.) Vertrauensmann: Ludwig Benig, Friedrichstraße 3.  
Gedtsheim. (Gau 12.) Wilh. Deheimer.  
Tschow. S. Schlüter, Coriansberg 23.  
Rehheim. (Gau 10.) Josef Rahm.  
Hann.-Münden. Meyer, Berliner Hof.  
Gau 1. (Sitz Hannover.) Vorsitzender: S. Onien, Linden, Mathildenstraße 16, prt.  
Hienburg a. S. W. Wagner, Johannisstraße.  
Halle a. S. Fr. Gruber, Bismarckstr. 3, 3. Et.  
Eudenburg. Alb. Jakob, Kurfürstenstr. 34.  
Hilbesheim. Ernst Großmann, Moritzberg, Wilhelmstraße 6 a, 2. Et.  
Stahhaus (Schwarzwalb). (Gau 8.) Richard Pfugner, Stahhaus.  
Hörbig. Vertrauensmann: Fritz Pahl, Stummsdorf bei Halle.

### Berichtigungen.

In dem Adressenverzeichnis, welches in der vorigen Nummer veröffentlicht worden, sind einige Adressen (ohne unser Verschulden) falsch wiedergegeben, welches wir in Nachstehendem berichtigen wollen:

Gelmstedt	Herrn. Friede	Vorsfelberstraße 72.
Hettensleibheim	Franz Schmalw V.	
Hilbesheim	Ernst Großmann	Moritzberg, Wilhelmstraße 6 a, 2. Et.
Hirschberg i. Schl.	Aug. Ubrich	Hernestraße 4.
Holzminde	Gustav Schwen	Katernstein 11.
Homburg v. d. S.	Franz Wittlich	Louisenstraße 7.
Höcht a. M.	Konr. Müller	Feldchenstraße 2, part.
Hufum	Wilhelm Bruhn.	
Reine	G. Finke	Lindenstraße.

### Abrechnung

über die an die Streitenden von Wallwighafen während der Dauer des Streiks, in der Zeit vom 8. April bis 3. Juni int., ausgegebenen Unterstützungen.

Einnahme:		
Von Hannover am 7. April	1400 Mark	
" " " " 13. "	1200 "	
" " " " 27. "	800 "	
" " " " 5. Mai	200 "	
" " " " 13. "	600 "	
" " " " 19. "	200 "	
" " " " 27. "	200 "	
Summa: 4600 Mark		
Von Wülfing	3. Juni 73	
Summa: 4673 Mark		
Ausgabe laut vorliegenden Schuldscheinen:		
1. Woche: vom 8. April	862,- Mark	
2. Woche: " 15. "	801,50 "	
3. Woche: " 22. "	692,50 "	
4. Woche: " 29. "	585,- "	
5. Woche: " 6. Mai	522,50 "	
6. Woche: " 13. "	498,50 "	
7. Woche: " 20. "	356,50 "	
8. Woche: " 26. "	268,50 "	
9. Woche: " 3. Juni	105,50 "	
1. Sitzmandat	15,90 "	
Summa: 4643,40 Mark		
Bilanz:		
Einnahme	4673,- Mark	
Ausgabe	4643,40	
Bestand		29,60 Mark

Vorstehende Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden: Delfau, den 16. Juni 1899.  
Franz Briege. Chr. Höhne. Otto Krüger.  
Supt. Heinrich. Franz Pechold.

### Briefkasten.

Halle a. S. Der uns am 27. September zugegangene Bericht von der am 2. September abgehaltenen Versammlung wäre am Tage des Erscheinens unserer heutigen Nummer fünf Wochen alt gewesen. Wir hielten ihn nicht inhaltlich genug, um ihn im solches Alter erreichen zu lassen. Graf D. R. Liebe und Wohlwünsche. Ueber Versammlungen, welche gelegentlich allgemeiner Agitationskourzen abgehalten wurden, veröffentlichen wir keine besonderen Berichte.

### Sterbetafel.

Konrad Reifler aus Frankenthal, geboren am 1. Novbr. 1838, eingetretet am 1. Januar 1897, gestorben am 18. September.  
Anna Kath. Hansen aus Ledensbyl, geb. am 28. Juli 1830, eingetretet am 21. Januar 1897, gestorben am 21. September zu Sandewitt.  
Heinr. Barenher aus Harburg, geboren am 6. Dezember 1856, eingetretet am 30. April zu Harburg, gestorben am 1. September im Marien-Krankenhaus zu Hamburg.

### Inserate.

#### Rothenburgsort.

Mittwoch, den 18. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei v. Eitzen, Regimentsstraße 137. Tagesordnung: 1. Bericht der Bevollmächtigten. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.

#### Zahlstelle Stadtilm.

Sonntag, den 15. Oktober, Nachmittags 4 Uhr: Außerordentliche Versammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Bevollmächtigte.

#### Elmshorn.

Sonabend, den 14. Oktober: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Krause, Flammweg. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird gewünscht. 1,05 Mk.] Der Vorstand.

#### Zahlstelle Blankenburg und Umgegend.

Sonntag, den 8. Oktober 1899, Nachmittags 3 Uhr: Regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Vorlagen sämtlicher Bevollmächtigten.

#### Tanzkränzchen

Sonntag, den 14. Oktober, findet ein Tanzkränzchen statt, zu welchem die Genossen und Genossinnen hiermit freundlichst eingeladen werden. Die Einberufer.

#### Gau 15.

(Nördlicher Theil der Provinz Hannover, Großherzogthum Oldenburg und Bremen.)

#### I. Gaukonferenz

Sonntag, den 22. Oktober, Vormittags 11 Uhr: im Gewerkschaftshaus, Bremen, Sandenstraße. Tagesordnung:

1. Endgiltige Festlegung der Tagesordnung.
2. Bericht des Gauvorstandes.
3. Bericht der Delegirten.
4. Agitation.
5. Berathung der Anträge.

Die Zahlstellen des Gaus werden ersucht, zur Konferenz unverzüglich Stellung zu nehmen und die Delegirten zu wählen. Jede Zahlstelle wählt einen Delegirten. Die Kolleginnen und Kollegen von Bremen werden freundlichst eingeladen, der Konferenz als Gäste beizuwohnen.

#### Der Gauvorstand.

J. A.: Heintz Martens. NB. Alle Anträge zur Konferenz und sonstige Zuschriften sind zu richten an S. Martens, Harburg, Kasernenstraße 27, 11.

#### Dankagung.

Für die uns aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten seitens der Kollegen in der Zahlstelle Elmshorn sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. 1,05 Mk.]

Wilhelm Krogmann und Frau.

#### Zahlstelle Potsdam.

Sonabend, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr, findet in Diefel's Blumengarten unser

#### 3. Stiftungsfest

bestehend in Abendunterhaltung, ausgeführt von der Berliner Volks-Sängergesellschaft, und darauffolgendem Tanz, statt. Die Mitglieder der hiesigen und umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen. 1,65 Mk.] Das Komitee.

#### Zahlstelle Berlin.

Sonabend, den 21. Oktober 1899, Abends 8 Uhr, im "Kolberger Salon", Kolbergerstraße 23:

#### III. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Gesangsaufführungen, Ball und komischen Vorträgen, unter gütiger Mitwirkung des Sängervereins "Neue Zeit" (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes). — Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Eintritt 20 Pf. Die Bevollmächtigten.

#### Zahlstelle Dessau.

feiert Sonntag, den 22. Oktober, von Nachmittags 3 Uhr an, in Eilenberg's Salon ihr

#### 3. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Theater und Ball. Die umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Komitee. NB. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt vom ersten Bevollmächtigten, Kollegen Heinrich, Kochstedterstraße 11, 2. Et., Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 6 Uhr ab. Außer dieser Zeit soweit thunlich von obigen in der Expedition des "Vollblatts für Anhalt". — Entgegennahme von Beiträgen beim 1. sowie beim 2. Bevollmächtigten, Kollegen Briege, Amalienstraße 114, 2. Et., sowie jeden Montag-Abend von 8 Uhr an bei Eilenberg.

#### München-West.

Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im "Glynum", Sendling:

#### Stiftungs-Fest

bestehend in Unterhaltung und Ball. — Eintrittskarten im Vorverkauf 10 Pf., an der Kasse 20 Pf.; Damenkarten 10 Pf. 1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.